

## **Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Information statt Desinformation: Eine Kampagne gegen Desinformation für Berlin**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der gezielte Einsatz von Desinformation ist ein gängiges Mittel, um eine große Menge von Menschen zu erreichen und zu manipulieren. Zwar gehört die Verbreitung von falschen Informationen mit der Intention, Schaden anzurichten, schon seit langer Zeit zum kommunikativen Repertoire, wenn es um die Beeinflussung der öffentlichen Meinung geht. Mit dem fortschreitenden Einsatz von generativer, künstlicher Intelligenz erleben wir jedoch eine neue Eskalationsstufe der Verbreitung von Desinformationen, die unsere demokratischen Strukturen erheblich gefährdet.

Vor diesem Hintergrund wird der Senat aufgefordert, in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesinstitutionen eine nachhaltige und langfristige Strategie gegen Desinformation zu konzipieren und umzusetzen. Diese sollte folgende Punkte beinhalten:

1. Es ist eine öffentliche Informationskampagne zur Aufklärung von Desinformation zu entwickeln, die Folgendes beinhaltet:
  - a) Für Werbeflächen im öffentlichen Raum, z.B. im ÖPNV, sind Plakate mit kurzen Informationen zu konzipieren.
  - b) Es wird eine Social-Media-Kampagne erarbeitet, die die Formate der gängigsten Plattformen wie Facebook, Instagram, Twitter/X und TikTok umfasst.
2.
  - a) Förderung von innovativen Pilotprojekten und bestehenden zivilgesellschaftlichen Projekten aus dem Bereich Medienkompetenzbildung.
  - b) Zudem sind zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterstützen, die sich gezielt der Aufklärung und Entwicklung von Strategien gegen Desinformation widmen.
3. Die Mitarbeitenden in der Berliner Verwaltung sowie den Behörden, allen voran den Sicherheitsbehörden, werden durch fortlaufende Weiterbildungen für Desinformationen

sensibilisiert. Zudem sind die Landesbeschäftigten fortlaufend in der IT-Sicherheit zu schulen.

4. Finanzielle und personelle Stärkung der Medienanstalt Berlin Brandenburg durch weitere Senkung des Vorwegabzugs.
5. Schärfung des Auftrags der Landeszentrale für politische Bildung, um weitere Projekte gegen Desinformation zu entwickeln und umzusetzen.
6. Der Senat setzt sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, die Social-Media-Plattformen nachhaltig in die Verantwortung zu nehmen. Die mit dem Erlass des Gesetzes über Digitale Dienste<sup>1</sup> neu verfügbaren Instrumente müssen vollumfänglich nutzbar gemacht werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. November 2024 zu berichten.

### ***Begründung***

Dass gezielte Desinformationskampagnen zu einer erheblichen Bedrohung für die Demokratie werden können, haben spätestens das Tätigwerden der Datenanalyse-Unternehmen Cambridge Analytica und AggregateIQ im Brexit-Referendum gezeigt. Vor dem Hintergrund, dass Medien eine zentrale Rolle in Meinungsbildungsprozessen spielen, ist die Verbreitung von Desinformation gerade in Wahlkampf- oder Krisenzeiten besonders gefährlich für eine informierte öffentliche Meinungsbildung. Der Angriffskrieg auf die Ukraine ist beispiellos, wenn es um die Hoheit über Fakten und den Zugang zu Informationen im digitalen Raum geht. Russische Propaganda im Netz bezweckt die gezielte Verbreitung von Desinformation zur Rechtfertigung des Kriegs, beschränkt sich jedoch nicht darauf: Erst Anfang des Jahres wurde eine Propagandakampagne aus Russland auf der Onlineplattform X (vormals Twitter) aufgedeckt. Mit dem Einsatz von 50.000 Millionen gefälschter Nutzerkonten wurden Deepfakes millionenfach mit dem Ziel verbreitet, die Bundesregierung zu diskreditieren und das Vertrauen in die Demokratie zu erschüttern. Dem Einsatz von Desinformationen durch extremistische oder populistische Akteur\*innen ist insoweit gemein, dass sie gezielt zur Manipulation des öffentlichen Diskurses verwendet werden.

Obwohl die Verbreitung von Desinformation nichts Neues ist, ist ihre Bedeutung mit dem Aufkommen digitaler Technologien enorm gewachsen. Durch die rasante Fortentwicklung im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) in den letzten zwei Jahren und den Möglichkeiten der Automatisierung verschärft sich die Lage zusätzlich. So werden durch den Einsatz von Social Bots Unmengen von gefälschten Posts und Beiträgen pro Tag veröffentlicht. Betroffen sind sämtliche Social-Media-Plattformen wie X, Instagram, Facebook oder TikTok. Hinzu kommen Desinformationen auf nicht-öffentlichen Kanäle wie Telegram oder Discord, die nur bestimmten Zielgruppen angezeigt werden. Auf ebendiesen Kanälen wiegt das Ausmaß gezielter Falschinformationen ungleich schwerer, gibt es doch in der Regel keine Möglichkeit zur Richtigstellung durch die Öffentlichkeit, Medien oder durch Faktenchecks. Häufig sind damit auch Links zu gefälschten Newsportalen oder Behördenseiten verknüpft, die den echten Seiten täuschend ähnlich nachempfunden sind und Falschnachrichten enthalten, die wiederum tausendfach pro Tag weiterverbreitet werden. Insoweit multiplizieren sich die Schwierigkeiten, Desinformation zu erkennen. Diese Befunde sind alarmierend, weil eine funktionierende Demokratie und damit ein gelingender gesellschaftlicher Zusammenhalt notwendig auf verlässliche Informationen und ein Vertrauen ebenso in Medien wie in die Politik angewiesen sind.

---

<sup>1</sup> Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste, im Folgenden kurz: DSA).

In unserer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft ist ein ungestörter Zugang zu Informationen unabdingbar. Ein stetiger Fluss an neuen Informationstechnologien verändert die Struktur unseres öffentlichen Informationsflusses. Um einen offenen Diskurs zu bewahren, gilt es daher die Medienkompetenz zu stärken. Es besteht ein großes Maß an Verunsicherung im Zusammenhang mit Desinformationen. Zudem wird es auch in Zukunft kritische Journalist\*innen, Nichtregierungsorganisationen und engagierte Bürger\*innen brauchen, um Missbrauch und Manipulation aufzudecken. Daher ist es elementar, dass Medienkonsumierende unabhängig von Alter, Bildungsstandard und Einkommen imstande sind, eine vertrauenswürdige Quelle von verdächtigen Absendern zu unterscheiden, Meinungen von Fakten zu trennen und zu erkennen, wo möglicherweise Informationen falsch oder verzerrt dargestellt werden. Insoweit kann es im Umgang mit der eigenen Unsicherheit bereits hilfreich sein, dass im Rahmen von Weiterbildungsangeboten auf journalistische Angebote, wie dem Faktencheck von correctiv, aufmerksam gemacht wird.

Sowohl die Landeszentrale für politische Bildung, als auch die Medienanstalt Berlin Brandenburg leisten mit ihrer Arbeit einen wirksamen Beitrag zum Kampf gegen Desinformation. 81 Prozent der Befragten einer Bertelsmann-Studie zu dem Thema sehen Desinformation als reale Gefahr für unsere Demokratie.<sup>2</sup> Trotzdem ist die Annahme weit verbreitet, dass dem Thema noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird.<sup>3</sup> Um die beiden zentralen Institutionen Berlins im Kampf gegen Desinformation zu unterstützen, bedarf es zusätzlicher Mittel.

Desinformationen sind zu einem Sicherheitsproblem avanciert. Neben Cyberangriffen, Spionage und Sabotage von kritischen Infrastrukturen sind gezielte Falschinformationen ein Instrument illegitimer Einflussnahme und damit Teil hybrider Bedrohungen. Bereits die Verwendung eines unsicheren Passworts oder Unaufmerksamkeit beim Öffnen von E-Mail-Anhängen sind imstande, den Arbeitscomputer zu kompromittieren. Daher sollten Beschäftigte des Landes Berlins regelmäßig ein IT-Sicherheitstraining erhalten.

Der DSA gilt seit Februar 2024 vollumfänglich in allen EU-Staaten. Die Verordnung schafft insoweit einen europaweit einheitlichen Rechtsrahmen für die digitalen Dienste wie Onlineplattformen und Suchmaschinen im Umgang mit illegalen Inhalten. Der DSA trägt maßgeblich zum Kampf gegen die Verbreitung von Desinformationen bei. Entscheidend für dessen Wirksamkeit ist jedoch die konsequente Umsetzung. Übergeordnetes Ziel muss sein, dass Social-Media-Plattformen sich fortlaufend mit den systemischen Risiken befassen, die mit ihrer Dienstleistung unter anderem für den öffentlichen Diskurs einschließlich von Wahlprozessen und der öffentliche Sicherheit verbunden sind, und entsprechend Abhilfe schaffen.

Berlin, den 21. Juni 2024

Jarasch      Graf      Ahmadi  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

---

<sup>2</sup> <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/verunsicherte-oeffentlichkeit>, letzter Zugriff am 23.05.2024.

<sup>3</sup> ebd.